



Leseprobe

Ute Daniel

Beziehungs- geschichten

Politik und Medien im 20. Jahrhundert

Hamburger Edition



Ute Daniel

Beziehungsgeschichten

Politik und Medien im 20. Jahrhundert

Leseprobe

Hamburger Edition

Einleitung

Ein britischer Premierminister, David Lloyd George, machte während des Ersten Weltkriegs zwei Pressezaren zu Ministern und verlieh einer Vielzahl von Presseleuten Adelswürden. Ein anderer britischer Premierminister, Clement Attlee, ernannte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs einen Journalisten zu seinem Presseverbindungsmann – allerdings nicht, um Verbindungen zur Presse aufzubauen oder auszubauen, sondern um sie zu unterbinden. Er sei nämlich, wie Attlee dem betreffenden Journalisten, Francis Williams, erklärte, »allergic to the press«.¹ Für den nationalsozialistischen Propagandaminister Joseph Goebbels waren nur gelenkte Medien gute Medien. Er musste jedoch feststellen, dass die kontrollierte deutsche Medienlandschaft wenig hilfreich war, als er in Zeiten innenpolitischer Friktionen innerhalb der nationalsozialistischen Führungselite die öffentliche Meinung ins Feld führen wollte. Denn die öffentliche Meinung war genau das, was sein Medienlenkungssystem ad absurdum geführt hatte. Der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt fand, die Medien und allen voran das Fernsehen hätten einen negativen Einfluss auf Familie und Gesellschaft, und plädierte für die Einführung eines fernsehfreien Wochentags. Doch gleichzeitig nutzte er gekonnt und kontinuierlich seine Begabung zu medialem Repräsentieren, vor allem in eben diesem Fernsehen. Die Einführung des kommerziellen Fernsehens in Großbritannien durch die Konservative Partei und in der Bundesrepublik durch die CDU geschah weder hier noch dort allein aus medienbezo-

¹ Williams, Nothing so Strange, S. 215. Das hieß allerdings nicht, dass Attlee regierungsmäßige PR ablehnte – er wollte nur keine vertraulichen Beziehungen zu Journalisten. Vgl. zur Institutionalisierung der – vorher in informeller Art betriebenen – Kommunikationspolitik der britischen Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg: Crofts, Coercion or Persuasion?; Grant, Towards a Central Office of Information; Maartens, From Propaganda to »Information«; Moore, Origins of Modern Spin; Seymour-Ure, Rise of the Downing Street Press Secretary; Tulloch, Policing the Public Sphere.

genen, sondern aus mit der jeweiligen politischen Konfliktlage in beiden Ländern erklärbaren Gründen. Hinsichtlich des Wertes oder Unwertes von werbungsfiananziertem Fernsehen waren nämlich die Konservativen in beiden Ländern keineswegs einig. Und, als letzte Fazette dieses kleinen Kaleidoskops der Einstellung von Politikern des 20. und 21. Jahrhunderts gegenüber den Medien: Zu den ersten Verlautbarungen des amerikanischen Präsidenten Donald Trump im Januar 2017 gehörte die Erklärung, er befände sich im Krieg mit den Medien. Kein namhafter Politiker eines demokratischen Landes hat jemals zuvor mit diesem Schlachtruf seine Amtszeit begonnen.

In der umgekehrten Blickrichtung ist das Kaleidoskop nicht weniger bunt. Doch vollziehen sich die Aufs und Abs journalistischer Politik- und Politikerbewertung zwischen scharfer Kritik, neutralem Beobachten und innigem Einvernehmen täglich vor unser aller Augen. Sie brauchen nicht in Erinnerung gerufen zu werden, auch wenn unschwer viele Seiten mit Beispielen für das 20. und 21. Jahrhundert gefüllt werden könnten. Warum beginne ich ein Buch, das die Geschichte der Beziehungen zwischen Politikern und Journalisten² zum Thema hat, mit dieser Vielfalt von Wahrnehmungsweisen und Bewertungen, die noch dazu nicht selten in sich widersprüchlich sind und es nicht einmal erlauben, in Deckung zu bringen, was die politischen und journalistischen Akteure sagen und was sie tun?

Dieser Befund, lautet die Antwort, ist gleichzeitig erhelltend und erkenntnisverstellend, wenn man sich wie ich für die Frage interessiert, wie man eine Beziehungsgeschichte zwischen Politik und Medien schreiben und damit zum Verständnis der heutigen Bedeutung dieser Wechselbeziehung beitragen könnte. Dass sie für moderne Gesellschaften hoch bedeutsam ist, ist unbestritten. Es ist auch kein Zufall, dass seit einigen Jahren nicht nur in Deutschland darüber gestritten wird, wie unabhängig die Medien von der Politik sind oder sein sollten,

2 Politikerinnen und über Politik berichtende beziehungsweise diese kommentierende Journalistinnen waren in der Zeit der klassischen Massenmedien selten. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kamen sie praktisch nicht vor; in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg tauchten Journalistinnen sehr vereinzelt auf; Politikerinnen waren Mangelware. Deswegen verwende ich überwiegend die männlichen Bezeichnungen, ergänze diese für die Zeit nach 1945 jedoch dort, wo in allgemeinerer Form auf die im Journalismus Tätigen verwiesen wird, durch die weiblichen Bezeichnungen.

wie legitim die real existierenden Beziehungen zwischen beiden Seiten sind und ob diese Beziehungen das Problem oder die Lösung sind.³ Historische Beiträge zu diesem Thema sind jedoch rar. Es gibt einige sehr aufschlussreiche Studien zu Medienskandalen, einem charakteristischen Bestandteil der medial-politischen Beziehungen seit der Wende zum 20. Jahrhundert.⁴ Doch was ist mit den Umgangsweisen zwischen Journalisten und Politikern jenseits der Skandale?

Es fehlt an einschlägigen historischen Untersuchungen, die einen längeren Zeitraum in den Blick nehmen und Fragen danach, was sich im Lauf der Zeit verändert und was sich gleich bleibt, oder danach, was an den politisch-medialen Beziehungen strukturell und was kontext- und kulturabhängig ist, überhaupt erst formulierbar und beantwortbar machen.⁵ An dieser Stelle wird allerdings die chaotische Vielfalt wechselseitiger Wahrnehmungen zum Problem. Denn sie lässt auf den ersten Blick erkennen – insofern ist sie gleichermaßen erkenntnisfördernd und -verstellend –, dass die Selbstdeutungen und Verhaltensweisen der

3 Wie schon in früheren Zeiten vollzieht sich ein besonders lautstarker Teil der aktuellen Medienkritik in verschwörungstheoretischen Formen; vgl. zur Geschichte medienbezogener Verschwörungstheorien Seidler, Verschwörung der Massenmedien. Ein Beispiel für fundiertere Polemik bietet Krüger, Mainstream.

4 Siehe hierzu die Literaturhinweise zu Kapitel IV: Vierte Gewalt hinter Gittern. Presse und Politik im Skandal.

5 Die mediengeschichtliche Forschung bietet mittlerweile zahlreiche gute Überblicke zur Mediengeschichte des 20. Jahrhunderts, aus denen viel Umfeldwissen für meine Fragestellung gewonnen werden kann, die jedoch die Beziehungsgeschichte zwischen Politik und Medien nicht im Fokus haben; vgl. u.a. Arnold u.a. (Hg.), Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen?; Bösch/Frei (Hg.), Medialisierung und Demokratie; Bösch, Medienumbrüche und politische Zäsuren; ders., Mediengeschichte der Moderne; Bösch/Hoeres (Hg.), Außenpolitik im Medienzeitalter; Daniel/Schildt (Hg.), Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts; Schildt, Das Jahrhundert der Massenmedien. Einen interessanten Versuch der Modellierung von Mediensystemen unter der Frage nach dem Verhältnis von Politik und Medien liefern mit Schwerpunkt auf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Hallin/Mancini, Comparing Media Systems; und dies., Drei Modelle von Medien, Journalismus und politischer Kultur. Eine hervorragende empirisch basierte Momentaufnahme der aktuellen Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern bieten Baugut/Grundler, Politische (Nicht-)Öffentlichkeit. Für das 19. und frühe 20. Jahrhundert liegt die Studie von Daniel Gossel zu Medien und Politik in Deutschland und den USA vor, die jedoch nicht tief genug schürft, um zu grundsätzlicheren Fragen vorzustoßen.

historischen Akteure, ein zentraler Quellenbestand für historische Erklärungsweisen, in diesem Fall wenig Aufschluss versprechen, wenn sie isoliert betrachtet werden. Von David Lloyd George bis Donald Trump gilt, dass ihr Verhalten gegenüber den Medien erst aus der jeweiligen Situation heraus verständlich und erklärbar wird, in der sie stehen oder sich sehen. Und dasselbe gilt umgekehrt für die Pressezaren, die sich von Lloyd George zu Ministern machen ließen, und für die amerikanischen Medien in ihrem Umgang mit dem Präsidentschaftskandidaten und Präsidenten Trump. Zwar ist die Einbeziehung der jeweiligen zeitgenössischen Kontexte nicht nur für dieses, sondern für jedes historische Thema unerlässlicher Bestandteil des historischen Arbeitens. Geht es jedoch, wie hier, um eine Wechselwirkungsgeschichte von gesellschaftlichen Akteursgruppen, die jeweils ihrerseits komplexe Bin nenstrukturen aufweisen und eigenen Dynamiken unterliegen, welche jederzeit unvorhergesehene Folgen auf die Art und Weise haben können, in der diese Gruppen miteinander umgehen, wofür sie sich brauchen und worum sie miteinander konkurrieren, dann vervielfältigen, überlagern und widersprechen sich die kontextuellen Bedingungen.

Die Angelegenheit wird noch komplizierter – man könnte auch sagen: interessanter –, weil auch ein systematischer Zugang, der weniger auf Wahrnehmungen und Deutungen als auf strukturelle Zusammenhänge achtet, angesichts der Vielfalt historisch vorfindlicher Beziehungsformen zwischen Politikern und Journalisten versagt: Es ist noch niemandem gelungen, die Ausgestaltung dieser Beziehungen von strukturellen Faktoren, wie etwa dem Typus des Mediensystems, parteipolitischen Unterschieden, der Zunahme des Public-Relations-Personals in Politik und Journalismus oder von Veränderungen des medialen Ensembles – beginnend mit der reinen Presselandschaft über deren Erweiterungen durch Radio, Film und Fernsehen bis hin zu den internetbasierten elektronischen Medien –, herzuleiten.

Nachdem ich dieses Buch recherchiert und geschrieben habe, möchte ich behaupten: Das wird auch nie gelingen. Über die Aussage hinaus, dass Politik und Medien einander brauchen, allerdings nicht unbedingt auf Augenhöhe – die insofern struktureller Art ist, als sie von Zeit, Ort und Personen unabhängig zutrifft –, wird sie nicht hinausführen können. Diese Aussage, die sich so oder ähnlich formuliert in vielen Studien der Kommunikations- und Politikwissenschaft findet, halte ich für ebenso richtig wie unbefriedigend. Was ich als Histo-

rikerin wissen will, ist nämlich, unter welchen Bedingungen die beiden Akteursgruppen sich in welchen Formen wechselseitig brauchen, unter welchen Bedingungen also diese wechselseitige Abhängigkeit sich in kongenialen Formen der Kooperation, Vertrautheit und Aktionsgemeinschaft äußert und wann darin, dass Konflikte miteinander ausgetragen werden und der jeweilige Andere abgewertet wird. Um meinen Gegenstand so intensiv wie nötig in seine Kontexte zu stellen und gleichzeitig die Möglichkeit, strukturelle Momente der politisch-medialen Beziehungsgeschichte identifizieren zu können, die unabhängig von Kontextbedingungen am Werk sind, nicht auszuschließen, habe ich eine etwas ungewöhnliche Analyse- und Darstellungsweise gewählt. Am Anfang stand der (noch nicht so ungewöhnliche) Entschluss, die Untersuchung vergleichend anzulegen. Denn die Gegenüberstellung unterschiedlicher Medienlandschaften und politischer Strukturen ist sehr hilfreich, wenn man zwischen Faktoren und Sachverhalten unterscheiden will, die landes- oder kulturspezifisch sind oder die erkennbar von Personen und Situationen abhängen, und solchen, die eher struktureller Art sind. Die Wahl fiel auf Deutschland und Großbritannien, zwei Länder mit Politik- und Mediensystemen, die unterschiedlich genug sind, um Kontraste auszuleuchten, und ähnlich genug, um den Facettenreichtum der Kontextualisierungen nicht zu weit auseinanderdriften zu lassen. Das kontrastierende Gegenüberstellen deutscher und britischer Episoden der Politik-Medien-Beziehungen dient mir als heuristisches Instrument, um breit aufgefächerte und in ihren jeweiligen historischen Kontexten situierte ähnliche Problemkonstellationen nebeneinander stellen zu können, ohne sie aus ihren kontingenten Bezügen herauszulösen.⁶

Daraufhin habe ich unterschiedliche historische Situationen recherchiert, in denen Journalisten und Politiker aus verschiedenen Gründen intensiv miteinander zu tun hatten; sie wurden auf ihren Erkenntnisgewinn für die Geschichte der politisch-medialen Beziehungen befragt und daraufhin überprüft, wie aussagekräftig die Quellenbestände sind, in denen sie sich niedergeschlagen haben. Ein weiteres Auswahlkriterium war, Episoden zu finden, in welchen Politiker und Medienleute beider Länder sich in ähnlichen Situationen fanden oder

6 Die historische Komparatistik bezeichnet dieses Verfahren als individualisierenden Vergleich; siehe Kaelble, Historischer Vergleich.

über dieselben Dinge stritten, so dass sich britisch-deutsche Parallelgeschichten erzählen lassen.

Und schließlich sollten die Kapitel sich nicht über einen zu langen Zeitraum mit zu heterogenen Mediensystemen und politischen Strukturen verteilen. Ich habe mich für die Periode der klassischen Massenmedien entschieden, den Zeitraum vom beginnenden 20. Jahrhundert bis in die 1980er Jahre. Er stellt sowohl medien- als auch politikgeschichtlich eine sinnvolle Einheit dar und war durch spezifische Charakteristika der Beziehungen zwischen Politik und Medien gekennzeichnet.⁷ Was die Medienseite betrifft, so steht an seinem Anfang um 1900 eine entscheidende Veränderung, die auch die im Fokus dieses Buches stehenden politischen Nachrichtenmedien – damals ausschließlich Presseerzeugnisse – betrifft: nämlich das Aufkommen der sogenannten Massenpresse. Die ersten kapitalintensiven Zeitungsunternehmen entstanden, in Großbritannien früher als in Deutschland. Ihre schnelleren Druckverfahren ermöglichten höhere Auflagen, was die Zeitungen verbilligte und dadurch den Absatz in bis dahin unbekannte Größenordnungen ansteigen ließ. Die Auflage der britischen *Daily Mail* changierte im Vorfeld des Ersten Weltkriegs um die Millionengrenze. Mit einer optimierten Auslieferungslogistik und schnelleren Verbreitungstechniken von Nachrichten und Zeitungen via Telegrafie und Eisenbahn wurde es möglich, die Ausgaben zeitgleich landesweit in den Verkauf zu bringen. Für neue Leserkreise wurden die Blätter visuell attraktiver gemacht: Sie begannen auf der ersten Seite nicht mehr mit eng gesetzten Bleiwüsten, sondern wurden optisch durch Schlagzeilen gegliedert. Flankiert und verstärkt wurden diese Veränderungen durch neue Drucktechniken, die es erlaubten, Fotos in Zeitungen abzubilden, sowie durch das Aufkommen der Fotoillustrierten.

7 Vgl. zur Fundierung dieser mediengeschichtlichen Periode v.a. Bösch, Medienbrüche und politische Zäsuren, S. 195 und passim, der unter mediengeschichtlicher Perspektive eine Einheit der Phase der klassischen Massenmedien zwischen den 1890er und den 1990er Jahren konstatiert; kongeniale allgemeinere, nicht auf Medien fokussierte Epochendarstellungen finden sich bei Döring-Manteuffel/Raphael, Nach dem Boom; Herbert, Europe in High Modernity; und Raphael, »Ordnungsmuster der Hochmoderne?«. Literaturhinweise zur vorausgehenden Periode, der Mediengeschichte vor 1914, finden sich in den Literaturhinweisen zu Kapitel I: Die Presse des 19. Jahrhunderts im Ersten Weltkrieg.

Nicht die Politik stand im Zentrum der Berichterstattung, sondern Unterhaltung, Sport und Skandalrächtiges aller Art, wie etwa pikante Scheidungsprozesse. Je nach dem Grad, in dem die Besitzer dieser Massenblätter politische Ambitionen entwickelten, wurden jedoch Innen- und Außenpolitik, Militär- und Kolonialpolitik zum Thema, vorzugsweise in skandalisierter Form. Diese Besitzer waren selbst ein wichtiger Bestandteil des neuen Medienphänomens. Ihr Aufstieg zu Reichtum und Einfluss, in der ersten Generation stammten sie nicht selten aus einfachen Verhältnissen, war Teil ihres Nimbus, aus dem diejenigen unter ihnen schöpfen konnten, die den Ehrgeiz hatten, über Politik nicht nur zu berichten, sondern diese mitzugestalten. Die Bezeichnungen für diese gesellschaftlich und politisch um Aufmerksamkeit und Einfluss konkurrierenden Zeitungsunternehmer – im Englischen *press barons*, im Deutschen Pressezaren – drücken diese neuartige Verbindung von Zeitungsbesitz einerseits und sozialem Statuszuwachs mit Anklängen an Herrschaftsanspruch andererseits sehr gut aus.

Für die traditionellen Zeitungen, auch für diejenigen, die sich auf Politikberichterstattung spezialisiert hatten, wurde der neue Zeitungstyp ebenso zum Problem wie für Politiker und Parteien. Um zu verstehen, wie einschneidend diese Neuerung war, muss man sich klarmachen, dass im 19. Jahrhundert weder das Profitmotiv noch die Steigerung des Absatzes zu den primären Motiven der Besitzer und Redaktionen politischer Blätter gehörte. Sie verstanden sich zuallererst als politische Akteure und standen in der Regel einer politischen Partei nahe. Teils gehörten die Zeitungen Mitgliedern einer Partei, teils entsprachen ihre politischen Vorstellungen ebenso wie die der Herausgeber und Redakteure denjenigen bestimmter Politiker. Die Leserschaft, die sie erreichen wollten, war wiederum aus Anhängern einer parteipolitischen Richtung zusammengesetzt und erwartete, in ihrem Blatt die entsprechenden Meinungen wiederzufinden. Dass das die Zahl der Leser überschaubar hielt und nicht selten die Zeitung zu einem Zuschussbetrieb machte, war akzeptiert. Wer eine politische Zeitung finanzierte, war nicht primär vom Profitmotiv geleitet.

Vor diesem Hintergrund wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts allein die schiere Masse der Leserschaft, die der neue Zeitungstyp erreichte, ein Phänomen, das wegen des politischen Einflusses, der von ihm ausgehen konnte, Aufmerksamkeit und Besorgnis erregte, sei es

unter Journalisten, sei es unter Politikern. Der politische Journalismus bekam die ökonomischen Folgen nach dem Ersten Weltkrieg zu spüren, als mehr und mehr politische Zeitungen durch den erhöhten Konkurrenzdruck, den die Pressekonzerne und ihre technisch überlegenen Produkte ausübten, aus dem Markt gedrängt wurden. Die gesellschaftliche und politische Bedeutung der neuen Eigenschaft der Medien, Massenpublika generieren zu können, zeigte sich, als ab den 1920/30er Jahren der Rundfunk und nach dem Zweiten Weltkrieg das Fernsehen ein noch größeres, mitunter annähernd landesweites Publikum versammelten. Für eine Wechselwirkungsgeschichte von Medien und Politik stellt diese Eigenschaft des medialen Ensembles ein wichtiges Charakteristikum der Periode dar, die ich die klassische Zeit der Massenmedien nenne. Sie endet um 1980, als das mediale Ensemble angereichert und die Publika wieder verkleinert werden: durch die stetige Vermehrung der Radio- und Fernsehprogramme sowie der Rundfunksender durch Zulassung kommerzieller Anbieter und in der Folgezeit durch die digitalen Medien.

Was die Seite der Politik betrifft, stellten die um 1900 aufkommenden großen Pressebesitzer und ihre Massenblätter eine einschneidende Veränderung der Beziehungen zwischen Politik und Presse dar. Die Pressezaren waren, anders als bei den Besitzern politischer Zeitungen bislang üblich, parteipolitisch fluide. Sie unterstützten und bekämpften Parteien oder innerparteiliche Strömungen je nach ihren eigenen politischen Ideen oder den Zielen ihrer Pressekampagnen. Zwar hatte es immer schon Konflikte zwischen Parteien oder Parteiführungen einerseits und den Besitzern und Herausgebern der ihnen nahestehenden Blätter gegeben. Diese Auseinandersetzungen waren jedoch in der Regel solche über die als richtig empfundene Linie der Partei oder politischen Strömung, der sich die Kontrahenten verpflichtet fühlten. Demgegenüber war für die Pressebesitzer neuen Typs Parteiloialität kein Höchstwert. Das brachte erhebliche Unruhe in das politisch-mediale Gefüge, nicht nur, aber besonders augenfällig dann, wenn offene politische Konflikte entbrannten. Die Zeit des Ersten Weltkriegs und die 1920er Jahre demonstrierten Letzteres eindrücklich, aber keineswegs zum letzten Mal in der Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. Die Medienmogule, wie sie heute häufig bezeichnet werden, sollten in der Periode der klassischen Massenmedien und darüber hinaus in regelmäßigen Abständen auf dem Feld des Politischen auftauchen.

Ihre Fähigkeit, ein großes Publikum zu erreichen, machte die Massenblätter sowohl für die politischen Akteure als auch für die Zeitungsmacher zu Konkurrenten. Allerdings nicht in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern repräsentationspolitisch. In Großbritannien wurde von Parteien und Regierungen allein das Parlament als legitime Arena des politischen Streits über nationale Angelegenheiten betrachtet. Dieser Anspruch wurde durch die elektronischen Massenmedien, insbesondere durch das Fernsehen, sehr viel stärker infrage gestellt – vor allem in den angebotsarmen Anfangszeiten, als die geringe Auswahl an Fernsehprogrammen sogar für politische Sendungen zweistellige Millionenzahlen von Zuschauern und Zuschauerinnen vor den Bildschirm brachte. Allerdings unterschied sich die Beziehung zwischen Politik und elektronischen Medien in zwei entscheidenden Hinsichten von derjenigen zwischen Politik und Presse: Die Zeitungen wurden, auch wenn die reinen Parteizeitungen zunehmend von der Bildfläche verschwanden, weiterhin für ein parteipolitisch eingefärbtes Meinungsspektrum gemacht; Radio und Fernsehen produzierten ihr Programm für das ganze Land. Und während schon allein die technische Infrastruktur der elektronischen Medien von ihren Anfängen an ein bestimmtes Maß an staatlicher Aufsicht rechtfertigte, die den Regierungen Hebel zur Einflussnahme auf ihre Berichterstattung an die Hand gab, waren dem Einfluss der Exekutive auf die Printmedien unter demokratischen Bedingungen stärkere Grenzen gesetzt. Da Regierungen in der Regel von Parteien getragen und beschickt werden, widersprechen sich Regierungs- und Parteieinfluss auf den Rundfunk nicht prinzipiell. Doch beide Aspekte zusammen – der unterschiedliche Adressatenkreis und der Grad der Staats- und Regierungsnähe – modifizierten die Interaktions- und Wahrnehmungsweisen von Politikern und Journalisten im Umgang miteinander deutlich. Das zeigte sich etwa an den Versuchen der frühen Rundfunkpolitik, politische Berichterstattung auf die Nachrichtenengebung zu beschränken, also politisches Kommentieren aus den Studios der Rundfunkanstalten zu verbannen; und später insbesondere in der Bundesrepublik an einem Fernsehjournalismus, der im Gegensatz dazu zeitweise das politische Kommentieren und Werten zu seiner legitimen Aufgabe machte. Bezuglich der Printmedien traten solche Friktionen in Demokratien nicht auf. Das zweite wichtige Charakteristikum der Phase der klassischen Massenmedien ist also die Ausdifferenzierung der po-

litisch-medialen Beziehungen nach Aufkommen der elektronischen Medien.

Ein drittes und letztes Merkmal, das meinen Untersuchungszeitraum unter den Fragestellungen dieses Buches prägt, ist die Tatsache, dass er die beiden Weltkriege und das »Dritte Reich« einschließt; nicht, um an dieser Stelle den Propagandabegriff einzuführen, obwohl er ein zentraler Begriff der damaligen Zeit und als solcher bedeutungsvoll ist. Als untersuchungsleitende Kategorie jedoch hat seine Verwendung eher erkenntnisverstellend gewirkt. Denn er privilegiert die Vorstellung einer top-down organisierten Medienlandschaft und lässt in den Hintergrund rücken, dass sowohl in den Weltkriegen als auch unter der nationalsozialistischen Regierung die Journalisten keineswegs nur auf Zwang und Kontrolle reagierten, sondern auch aus eigenen Antrieben politischer oder individueller Art handelten. Außerdem steht, wenn von Propaganda die Rede ist, oft eine starke Medienwirkungsannahme im Hintergrund, die impliziert, dass von propagandistisch gesteuerten Medien unmittelbare Wirkungen ausgehen – sei es auf die Durchhaltebereitschaft im Krieg, sei es auf die Akzeptanz des politischen Systems. Zweifellos gab es Propaganda, wenn man darunter behördliche oder militärische Institutionen und Maßnahmen versteht, die ein bestimmtes Meinungsklima befördern sollten, sowohl in den Weltkriegen als auch im nationalsozialistischen Deutschland in besonders großem Umfang. Doch war in beiden Weltkriegen die effizienteste Maßnahme der Meinungsbeeinflussung mit großer Sicherheit nicht die Propaganda, sondern die Zensur und Medienkontrolle (in Deutschland) beziehungsweise Selbstzensur (in Großbritannien). Und die nationalsozialistischen Obrigkeit schufen sich willfährige Redaktionen, indem sie, nachdem politisch links stehende und »nichtarische« Journalisten entlassen, verfolgt und vertrieben worden waren, die verbleibende zeitungsschreibende Zunft ohne jede Vorzensur durch Zuckerbrot und Peitsche, also Teilhabe an vertraulichen Informationen und Aussicht auf beruflichen Aufstieg einerseits und zahllose Presseanweisungen andererseits, kontrollierten.

Was die Presse im Ersten Weltkrieg betrifft, muss man zwischen jeweils einheimischer und ausländischer Presse differenzieren: Denn die zahlreichen Einrichtungen, die zur Verbreitung propagandistischen Materials dienten, waren 1914–1918 überwiegend auf ausländische Adressaten ausgerichtet. Die jeweils eigenen Zeitungen konnte

man seitens der zivilen und militärischen Obrigkeit schon allein deswegen nicht mit vorfabriziertem propagandistischen Material versorgen, weil sie, wie bereits gesagt, für unterschiedliche Adressatenkreise schrieben, die erwarteten, ein bestimmtes politisches Vokabular und Meinungsspektrum wiedererkennen zu können. Das hätte erfordert, die propagandistischen Botschaften oder Richtlinien gewissermaßen multilingual zu verfassen, was keine in den Jahren 1914–1918 tätige Einrichtung hätte leisten können. Sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien waren es andere Mittel, die die Zeitungen auf dem von Regierungen und Militärs im Sinne der Kriegsführung erwünschten Kurs hielten. Das deutsche Militär führte in Berlin eine zentrale Pressekonferenz für die politisch besonders bedeutsamen Hauptstadtjournalisten ein, auf der sie mitgeteilt bekamen, worüber berichtet werden sollte – und worüber nicht. Der Anteil der internen, nicht für die Veröffentlichung bestimmten Mitteilungen überstieg denjenigen der zu publizierenden bei Weitem. Im Gegensatz zum heutigen Verständnis des Terminus Pressekonferenz diente diese Veranstaltung also weniger der Verlautbarung als der Schaffung eines eingeweihten und dadurch zur Kooperation geneigten Journalistenstamms. In der britischen Tradition der Beziehungen zwischen Politikern und Zeitungsleuten, die durch persönlichen Umgang geprägt war, hätte der deutsche Weg der Institutionalisierung einen Fremdkörper dargestellt. Und er war auch nicht erforderlich. Die traditionelle Nähe, die die Beziehungen zwischen politisch ähnlich denkenden oder derselben Partei zuneigenden Herausgebern und Besitzern von Zeitungen und politischen Akteuren charakterisierte, leistete gemeinsam mit der Bereitschaft zur Selbstzensur aus patriotischen Gründen denselben Dienst.

Es ist also nicht eine intensive propagandistische Überformung der medial-politischen Beziehungen, die die Weltkriege und die Diktatur des »Dritten Reichs« zu einem Charakteristikum meines Untersuchungszeitraums macht. Diese Auswirkung der Propagandaveressenheit der Kriegs- und Diktaturzeiten wird, wie ich finde, zu stark gemacht, wenn es um die Beziehung zwischen politischen (und militärischen) Akteuren und solchen der politischen Presse, des wichtigsten Mediums für Politikberichterstattung, geht. Das gilt insbesondere für den Ersten Weltkrieg, bis zu einem gewissen Grad jedoch auch für den Zweiten und für die Zeit des Nationalsozialismus. Es gibt allerdings einen anderen Grund, der erfordert, das in dieser Form neue Phäno-

men der Propaganda mitsamt seinen Folgen als kennzeichnendes Merkmal der klassischen Periode der Massenmedien zu betrachten: Denn es veränderte die Wahrnehmungsweisen von Journalisten, Politikern und ganzen Gesellschaften davon, was die Presse – und später Radio und Fernsehen – gesellschaftlich-politisch sein sollte und was nicht. Aus diesem neuen Problembeusstsein – keineswegs homogener Art – entstanden unterschiedlichste Konsequenzen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Medienpolitik etablierte sich nach und nach als selbstverständlicher Bestandteil des politischen Handelns. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Presse, Rundfunk und Propaganda ließ neue Disziplinen wie Propagandaforschung und Zeitungswissenschaft beziehungsweise Kommunikationswissenschaft entstehen und war auch ein wichtiger Gegenstand der ebenfalls nach dem Ersten Weltkrieg an den Universitäten Einzug haltenden Politikwissenschaft. Regierungen und Parteien, Behörden und das Militär begannen, die Zahl der Pressestellen, die es in ersten Ansätzen schon vorher gegeben hatte, in ungeahnte Höhen zu treiben.⁸ Und nach dem Zweiten Weltkrieg war es die Kontrastfolie des NS-Propagandaapparats, die die Umgestaltung des deutschen Mediensystems seitens der Westalliierten leitete.

Anfang des 20. Jahrhunderts war es jedoch die Erfahrung der Jahre 1914–1918, die dazu Anlass gab, unter dem Stichwort Propaganda kritisch über die politische Rolle der Presse zu räsonieren. Im Deutschland der Nachkriegszeit wurde Propaganda zu einem Fahnenwort von Nationalisten, Völkischen und Revanchisten, die das deutsche Heer für »im Felde unbesiegt« hielten und die Kriegsniederlage auf die propagandistische Unterwanderung der deutschen Heimatfront durch innere Feinde – Linke und Juden – und die Feindpropaganda der Entente schoben. Das hieß nichts anderes, als dass Zensur und Kontrollen nicht zuletzt der Presse versagt haben mussten. Seit Januar 1933 sollte die nationalsozialistische Politik ihre Schlussfolgerungen aus diesem Befund umsetzen, indem sie Linke und Juden aus den Redaktionen vertrieb und für Presse und Rundfunk ein System scharfer Kontrollen schuf. In Großbritannien herrschte demgegenüber journalistische (Selbst-)-

⁸ Vgl. hierzu Bieler, Public Relations und Massenkommunikation, für die kommunalen Pressestellen in der Zeit vor 1914, und Bonte, Werben für Weimar?; Grant, Propaganda and the Role of the State; und Lau, Pressepoltik als Chance, für die Zeit nach 1914/18.

Kritik vor. Berühmte Kriegsberichterstatter wie Philip Gibbs beschrieben rückblickend reuevoll, wie weitgehend sie sich auf die Beschönigungsstrategien und Zensurpraktiken der Militärs und Regierungen eingelassen hatten.⁹ Und der britische Politiker und Kriegsgegner Arthur Ponsonby publizierte eine Sammlung von kriegstreiberischen *fake news*, die es zwischen 1914 und 1918 in die Spalten britischer Zeitungen geschafft hatten.¹⁰

Nie wieder würden die Beziehungen zwischen Politik und Medien in den Zustand vergleichsweiser Unschuld zurückkehren, in dem sie sich angesichts ihrer unbefragten Selbstverständlichkeit vor 1914 befunden hatten.

Alle Entscheidungen, aus denen sich Inhalt und Aufbau der folgenden Darstellung ergeben, hätten auch anders ausfallen können. Es hätten andere Vergleichsländer gewählt oder nur ein Land untersucht werden können. Der Untersuchungszeitraum hätte ein anderer sein können. Und statt der ausgewählten Situationen und Themen hätten ganz andere zum Gegenstand der Kapitel gemacht werden können. Dann wäre eine abweichende Darstellung herausgekommen, aus der vielleicht auch andere Schlussfolgerungen und Erkenntnisse ableitbar gewesen wären, denn vor allem ist es die Auswahl der exemplarischen Fälle von Interaktionen zwischen Journalisten und Politikern, die das Ergebnis beeinflusst. Das gilt besonders für übergreifende Schlussfolgerungen hinsichtlich der Frage nach dem Kräfteverhältnis von Politik und Medien, wie sie im Schlusskapitel erörtert werden. Unter den ausgewählten Themen sind solche wie die im III. Kapitel im Mittelpunkt stehende Stalingrad-Rede von Propagandaminister Joseph Goebbels und die im V. Kapitel dargestellte Einführung des kommerziellen Fernsehens. Sie werden überwiegend aus der Perspektive der politischen Akteure erzählt, was dazu verleiten könnte, den Einfluss dieser Akteure für entscheidender zu halten als die Rolle der Medien. Allerdings zeigen gerade diese Kapitel besonders deutlich, wie groß die Bedeutung ist, die die Medienlandschaften für die politischen Akteure jeweils gehabt haben – beziehungsweise im Fall des »Dritten Reichs«¹¹ gehabt hätten, wenn die plurale Medienlandschaft nicht abgeschafft worden wäre.

9 Gibbs, Now It Can Be Told.

10 Ponsonby, Falsehood in Wartime.

Zum anderen ist es die erzählende, kontextreiche Darstellungsweise selbst, die in gewisser Hinsicht Schlussfolgerungen präformiert. Denn wenn der hohe Abstraktionsgrad der Redeweise von den Beziehungen zwischen Politik und Medien verlassen wird und stattdessen Individuen in konkreten Situationen, mit Wünschen, Abneigungen und Problemen aller Art auftauchen, Querverbindungen sichtbar gemacht werden, die für die historischen Akteure von zentraler Bedeutung waren, heute jedoch vergessen sind, und Situationsdeutungen miteinander kollidieren und unbeabsichtigte Folgen hervorbringen, kurzum: wenn eine Geschichte erzählt wird, deren Eigenlogik erhalten bleibt – dann gewinnt sie eine narrative Überzeugungskraft eigener Art. Eine andere Geschichte zu erzählen, bedeutet also, auch eine andere Art von Überzeugungskraft zu erzeugen, aus der sich möglicherweise andere oder weitere übergreifende Schlussfolgerungen ableiten ließen. Das spricht allerdings, wie ich meine, nicht gegen dieses Buch, sondern für mehr solcher Bücher.

[...]

Inhalt

Einleitung	9
I Die Presse des 19. Jahrhunderts im Ersten Weltkrieg	41
Politik im Krieg. Politiker, Militärs und Journalisten	
in Großbritannien 1914–1918	46
Die Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern	48
Zeitungen alten und neuen Typs im Umfeld des	
Regierungswechsels 1916	60
Presse, Politik und Militär 1917/18	65
Ende eines Experiments	77
Politik des Krieges. Militärs, Politiker und Journalisten	
in Deutschland 1914–1918	81
Presse, Politik und Zensur 1914–1916	89
Das Beispiel <i>Berliner Tageblatt</i>	94
Die »Freigabe« der Kriegzieldebatte und ihre Grenzen	102
Zensur und Propaganda bis zum Kriegsende	112
Fazit	122
II Pressezaren in der Politik der Zwischenkriegszeit	127
Alfred Hugenberg, Kuno Graf von Westarp und	
die Deutschnationale Volkspartei	130
Dilemmata der Anti-Republikaner	131
Hugenberg, sein Konzern und die DNVP	136
Eine kleine »Machtergreifung« und ihre Folgen	143
Die »Bösen Onkel«, Stanley Baldwin und die britischen Konservativen	152
Baldwin und seine Partei	155
Die Pressezaren und die Führungskrise der Konservativen	161
Fazit	177

III Die Medienlogik des »Dritten Reichs« und Goebbels' Sportpalastrede vom 18. Februar 1943	181
Propaganda im »Führerstaat«	184
Die Sportpalastrede vom Februar 1943 als Medienevent	194
Fazit	203
IV Vierte Gewalt hinter Gittern. Presse und Politik im Skandal (1962/63)	205
Das Schweigen im Walde. Warum der Profumo-Skandal kein Presseskandal war	208
Der Spion und das Tribunal	212
Der Minister und die Presse	225
Nachspiele	233
Das Rauschen im Walde. Warum die <i>Spiegel</i> -Affäre ein Presseskandal war	237
Erste Phase: Von der Aktion gegen den <i>Spiegel</i> bis zu den Fragestunden im Bundestag (26. Oktober bis 7. November 1962)	248
Zweite Phase: Von den Fragestunden bis Dezember 1962	255
Die Frage nach den Wirkungen	271
Fazit	283
V Fernsehpolitik. Die Dezentrierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	287
Ende eines Fernsehmonopols. Die BBC in der britischen Politik Anfang der 1950er Jahre	292
Rundfunk und Politik nach dem Zweiten Weltkrieg	301
Der Streit um das Monopol	308
Von der Eskalation ins ruhige Fahrwasser	316
Das Ende des Aktualitätsverbots	320
»Cuius regio, eius radio«. Die christdemokratische Politik und der Norddeutsche Rundfunk um 1980	326
Staatsvertragskündigung: Die Hintergründe	335
Der medienpolitische Kulturmampf	344
Jenseits des Kulturmampfes	352
Der Verhandlungs marathon	356
Das unerwartete Ende	365
Eine kleine Kirchengeschichte	368
Fazit	376

Vergleichendes zum Schluss	379
Das Vertraulichkeitskartell	380
Die starke Stellung der Politik	384
Quellen und Literatur	393
Dank	457
Personenregister	459

Zur Autorin:

Ute Daniel, Professorin für Neuere Geschichte an der TU Braunschweig, forscht zur Mediengeschichte, Geschlechtergeschichte, Sozial- und Kulturgeschichte der Kriege, Geschichte der Höfe und Hoftheater sowie zu Theorie und Methodologie der Geschichtswissenschaft.

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.hamburger-edition.de

© 2018 by Hamburger Edition

Umschlaggestaltung: Wilfried Gandras
Satz aus der Minion Pro von Dörlemann Satz, Lemförde
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany
ISBN 978-3-86854-317-9
1. Auflage Januar 2018